

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert
Kontaktadresse:
Friedhelm Ardelt-Theeck
Rumpenheimer Str. 3
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 / 36751

Rechenschaftsbericht 2001

Der Erhalt und die Verbesserung der Wohnqualität in Frankfurt am Main sowie Maßnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme, insbesondere im Osten Frankfurts, standen auch im Jahr 2001 im Mittelpunkt der Vereinsarbeit der Bürgervereinigung Nordend e.v. Dabei wurde wieder besonderer Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden in Frankfurt gelegt.

Mit Info-Ständen und Flugblattaktionen bei Wahlveranstaltungen sowie einem Rundbrief an alle BVN- Mitglieder und Aktionsbündnis-Mitstreiter im Vorfeld der Kommunalwahl im Frühjahr diesen Jahres machte die BVN noch einmal auf die vom Umlandverband Frankfurt geplante Autobahnverbindung von der Ostumgehung Frankfurt zum Alleenring mit direktem Autobahnanschluss im Nordend aufmerksam.

Am 7. März fand schließlich die in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsclub Deutschland VCD organisierte Podiumsdiskussion statt. Unter dem Motto „Laßt den Osten Frankfurts nicht verrostet“ wurde der vom „Runden Tisch Verkehrspolitik im Frankfurter Osten“ erarbeitete Maßnahmen-Katalog mit kurzfristig realisierbaren Vorschlägen zur Verbesserung der Verkehrssituation präsentiert und den eingeladenen Vertretern der größeren Parteien zur Diskussion gestellt. Die gut besuchte Veranstaltung im großen Saal des Bürgerhauses Bornheim war ein voller Erfolg. Es folgten Gespräche mit Ortsbeiräten und die Einigung, in einem ersten Schwerpunkt gemeinsam die Radverkehrspolitik in Frankfurt voranzubringen.

Mit einer Presseerklärung „Ja zum Riederwaldtunnel bedeutet „JA“ zum Fernverkehr“ mit gutem Presse- und Medienecho (u.a. kam es auch zu einem längeren Artikel mit Interview im Journal-Frankfurt) sowie einem Flugblatt „Autobahnkreuz Frankfurt Ost - Bundesfernautobahn kommt in Ihre Schlafzimmer!“, machte die BVN insbesondere bei Info-Ständen auf die mit dem Autobahnbau verbundenen negativen Folgen für die östlichen Wohngebiete aufmerksam. Besondere Gelegenheiten boten sich dazu am Wäldchestag auf dem Kinderfest des Abenteuerspielplatzes im Riederwald, dem Rotlinstraßenfest der Grünen im August, dem Kinderfest „Tag des Kindes“ im Ostpark sowie am Europaweiten Autofreien Tag im September auf der seitens der Stadt Frankfurt für den Verkehr gesperrten Hauptwache (incl. Interview auf der HR-Bühne).

Vom 28. bis 30. April fand in Leipzig der 13. „Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress BUVKO (ehemals BIVKO) statt. Dieses Mal konnten wieder Vertreter der BVN teilnehmen und viele interessante Informationen mitbringen.

Im September schrieb die BVN Briefe an das Hessische Verkehrsministerium, die Stadt Frankfurt sowie an die im Stadtparlament und den Ortsbeiräten 3, 4, 11 und 16 vertretenen Parteien mit der Forderung nach einer Verkehrsprognose für den Fall, dass der Autobahntunnel Riederwald ohne Alleentunnel, wie offiziell beabsichtigt, realisiert werden sollte. Besuche von Ortsbeiratssitzungen sowie eine entsprechende Presseerklärung unterstützten dieses Anliegen mit Erfolg. In allen Ortsbeiräten sowie im Römer wurden entsprechende Anträge gestellt und positiv beschieden.

Anfang Oktober hatte die BVN einen Gesprächstermin mit der Projektleiterin Frau Brückner im Amt für Straßen und Verkehrswesen Frankfurt (ASV). Hintergrund war die bereits im Rahmen des Projekts „Alleentunnel“ planfestgestellte Anschlussstelle Friedberger Landstraße/Rat-Beil-Straße im Nordend. Dabei wurde die BVN darüber informiert, dass in Sachen Autobahntunnel Riederwald aufgrund der gravierenden Planungsänderungen noch vor Jahresende ein neues Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden solle.

Mit einer Presseerklärung „Planfeststellungsverfahren A 66 Riederwaldtunnel abgebrochen“ sorgte die BVN sofort dafür, dass auch die Öffentlichkeit von dieser Nachricht erfuhr, was vor allem im Hess. Verkehrsministerium helle Aufregung verursachte. Dort bemühte man sich abzuwehren und betonte, dass das Verfahren konsequent fortgesetzt werde und von Abbruch keine Rede sein könne. Tatsache bleibt, dass das alte Verfahren aufgrund der Mängel und Veränderungen aus juristischen Gründen nicht mehr fortgesetzt werden konnte und es nicht oft vorkommt, dass ein Planfeststellungsverfahren eingestellt bzw. neu aufgerollt werden muss. Da dies in erster Linie auf die Kritik und das Engagement der Bürgerinitiativen und Umweltverbände zurückzuführen ist, kann ohne Übertreibung von einem großen Erfolg gesprochen werden, an welchem die BVN gehörigen Anteil hat.

In diesem Zusammenhang wurde ein Vertreter der BVN auch zu einem HR-Interviews in der Sendung „Unterwegs in Hessen“ eingeladen, welches im Stadtteil Riederwald statt fand. Dabei versicherte der - einige Zeit später zum Baudezernent der Stadt Frankfurt gewählte - FDP-Vertreter Franz Zimmermann der BVN, dass er dem Ausbau der Ostumgehung nur bei gleichzeitigem ausreichenden Lärmschutz für Bornheim zustimmen werde.

Schon am 5. November begann mit der Offenlegung der Pläne das neue Planfeststellungsverfahren. Die BVN setzte sich darauf hin in Briefen an Parteien und die Stadt Frankfurt bzw. mit Besuchen der Sitzungen der Ortsbeiräte als auch des Verkehrsausschusses sowie einer Presseerklärung dafür ein, dass die Bevölkerung in allen vom Autobahnbau betroffenen Stadtteilen in Bürgerversammlungen offiziell über die gesamte Planung sowie ihre Rechte im Planfeststellungsverfahren informiert werden müsse. In diesem Zusammenhang forderte die BVN auch die Verlängerung der Offenlegungs- und Einwendungsfrist und machte auf den mangelnden Lärmschutz insbesondere an den bereits planfestgestellten Autobahnabschnitten aufmerksam. Diesbezüglich richtete die BVN auch eine Anfrage an das Hessische Verkehrsministerium.

Anträge der betroffenen Ortsbeiräte sowie im Stadtparlament zeigen, dass die Bemühungen der BVN nicht umsonst waren. Ortsbeiräte und schließlich die

Stadtverordnetenversammlung forderten den Magistrat der Stadt Frankfurt in einem Beschluss auf, Bürgerversammlungen durchzuführen.

Im Vorfeld übergab die BVN zusammen mit der Anwohnerinitiative Günthersburgpark Baudezernent Zimmermann (FDP) als Vertreter des Magistrats der Stadt Frankfurt gesammelte Unterschriften mit den oben genannten Forderungen.

In Zusammenarbeit mit den anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbände wurden kurzfristig in allen betroffenen Stadtteilen Informationsveranstaltungen sowie Info-Stände organisiert, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich mit der Planung sowie dem Ablauf eines Planfeststellungsverfahrens vertraut machen zu können. Zur Erleichterung verteilte die BVN Einwendungsvordrucke sowie Informationen zu den rechtlichen Bedingungen an die Bevölkerung.

Anfang Dezember richtete die BVN eine Beschwerde an das Regierungspräsidium Darmstadt hinsichtlich der Offenlegungsbedingungen sowie fehlender und mangelhafter Planungsunterlagen. Die BVN beantragte die Verlängerung der Offenlegungs- und Einwendungsfristen sowie die Durchführung von offiziellen Informationsveranstaltungen. Mit Schreiben vom 17. Dezember wurde dieses Anliegen jedoch abschlägig beschieden.

Mitte Dezember appellierte die BVN nochmals in Briefen an die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth und die übrigen Magistratsmitglieder, im Hinblick auf den mangelhaften Lärmschutz gegen die vorliegende Planung Einwendung zu erheben und die für eine Klage relevante Einwendungsfrist nicht verstreichen zu lassen.

Am 21. Dezember erhob die BVN in einem 9-seitigen an das Regierungspräsidium Darmstadt gerichteten Schreiben offiziell Einwendung gegen die Planung des Autobahntunnels Riederwald sowie des Autobahndreiecks Erlenbruch.

Frankfurt am Main, 15. März 2002

Thomas Seiffert
(1. Vorsitzender)